



Teilhabeplanung für Menschen mit Beeinträchtigungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Umsetzungskonzept bis 2020

Beschluss des Kreistages Vorpommern-Greifswald
vom 10.07.2017



Impressum

Landkreis Vorpommern-Greifswald
Dezernat II
Stabsstelle Integrierte Sozialplanung
Verfasser: Dr. Peter Heller



Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Vorbemerkung | 4 |
| Teil 1: Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen | 5 |
| Teil 2: Teilhabe an Arbeit | 7 |
| Teil 3: Wohnen | 10 |
| Teil 4: Tagesstruktur und Alltagsgestaltung | 11 |
| Teil 5: Konsequenzen aus der Umsetzung des BTHG für die Organisationsentwicklung der Kreisverwaltung | 14 |
| Finanzielle Auswirkungen der geplanten Maßnahmen | 17 |
| Zeitliche Struktur zur Umsetzung der Maßnahmen | 18 |
| Anlagen | 19 |
| Menschen mit Beeinträchtigungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald (Aktualisierung von Bestandszahlen) | 19 |
| Übersicht der Leistungstypen im Landesrahmenvertrag für Mecklenburg-Vorpommern nach § 79 Abs. SGB XII für stationäre und teilstationäre Einrichtungen | 32 |



Vorbemerkung

Im September 2015 beschloss der Kreistag Vorpommern-Greifswald den Berichtsteil dieser Teilhabeplanung, verbunden mit der Auflage zur Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes. Im Laufe der Jahre 2016 und 2017 fanden diverse Gespräche in drei Arbeitsgruppen zwischen der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung, Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Fachbereiche, freier Träger der Behindertenarbeit und dem Behindertenbeirat statt, in denen die zunächst aus dem Situationsbericht von 2015 gezogenen Vorschläge zur Entwicklung der Behindertenhilfe im Landkreis kritisch geprüft, überarbeitet und teilweise neu formuliert wurden. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle für ihre intensive Mitarbeit und ihre zahlreichen Hinweise herzlich gedankt. Parallel zu diesen Diskussionen entstand das neue Bundesteilhabegesetz. Dessen Impulse sollten selbstverständlich Berücksichtigung finden. Da der Prozess seiner Einführung eben erst begonnen hat, werden sich weitere Implikationen für unsere kreisliche Planung ergeben.

Das vorliegende Dokument schlägt ein Maßnahmenpaket vor, mit welchem die Orientierungen der UN-Behindertenkonvention zur inklusiven Gestaltung der Lebensbedingungen von Menschen in Verbindung mit den Forderungen und Ermöglichungen des Bundesteilhabegesetzes auf die Bedingungen in unserem Landkreis Anwendung finden sollen. Je nach Charakter der Maßnahme kann der inklusive oder der integrative Aspekt im Vordergrund stehen. Es wird u.a. angeregt, im Rahmen einer Entwicklergruppe näher zu bestimmen, was inklusives Wohnen ausmacht. Von dieser Diskussion werden Impulse für die Beschreibung weiterer Lebensbereiche unter dem Gesichtspunkt der Inklusion ausgehen.

Der Fokus des vorliegenden Umsetzungskonzeptes richtet sich entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten des Landkreises auf die Gruppe der Empfänger von Eingliederungshilfen. Wir gehen aus von den im Bericht von 2015 aufgezeigten Handlungserfordernissen, leiten daraus Ziele ab und füllen diese mit umsetzbaren und abrechenbaren Maßnahmen. Soweit zutreffend, wird ihr Bezug zum Haushalt 2018/2019 dargestellt.

Da der Prozess der Erarbeitung dieses Umsetzungskonzeptes mehr Zeit in Anspruch nahm als ursprünglich erwartet, halten wir es für angebracht, einige der im Bericht von 2015 dargestellte Zahlen und Tendenzen, welche die Verantwortung des Landkreises berühren zu aktualisieren (Anlage). Dabei beschränken wir uns auf die Situation von Menschen mit Schwerbehinderungen sowie auf die Lage der beim Sozialamt registrierten Empfänger von Eingliederungshilfen, ohne allerdings noch einmal auf die Bandbreite der Leistungsarten einzugehen, da es gegenüber 2015 hierzu noch keine grundlegenden Veränderungen gibt.



Teil 1: Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen

Handlungserfordernisse

- A) Häufiger als angeborene Behinderungen sind milieubedingte Entwicklungsverzögerungen und Lernstörungen. Bleiben diese unerkannt oder werden sie erst mit Verspätung behandelt, entstehen dem Kind Schwierigkeiten in seiner geistigen und sozialen Entwicklung, aus denen sich Hindernisse für seinen gesamten Bildungsweg ergeben. Diese Gefahren sind zum Teil abwendbar bzw. zu mildern. Der rechtliche und finanzielle Rahmen dafür ist gegeben. Er muss im Interesse der umfassenden Lebenserfüllung der Kinder genutzt werden. Mit Blick auf die Folgekosten einer eigentlich abwendbaren oder wenigstens in ihren Auswirkungen zu mildernden Beeinträchtigung sind Investitionen in die frühe Hilfeleistung wirtschaftlich geboten. Insbesondere sind auch die individuellen milieubedingten Ursachen von kindlichen Entwicklungsverzögerungen bzw. -störungen zu identifizieren. Hilfsaktivitäten für die beeinträchtigten Kinder müssen begleitend auch die Verbesserung der individuellen Milieuersachen der Beeinträchtigungen anstreben.
- B) Übergänge innerhalb des Hilfesystems dürfen nicht als Brüche erlebt werden. Das setzt das frühzeitige kontinuierliche Zusammenwirken von Eltern, Medizinern, Pädagogen und Leistungsträgern voraus. Die Koordination der Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche muss über das Ende der Schulzeit fortwirken.
- C) Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat 2016 beschlossen, ab Schuljahr 2017/2018 bis zum Jahr 2023 in einem ersten Schritt die teilweise Umsetzung einer inklusiven Schulbildung vorzunehmen. Die Umsetzung soll mit Augenmaß und unter Einbeziehung der Betroffenen erfolgen. Eine erfolgreiche schulische Inklusion bedarf sowohl personeller als auch räumlicher Voraussetzungen, die derzeit an vielen Schulen noch nicht gegeben sind. Darüber hinaus darf das angestrebte Inklusionsziel auch nicht als Dogma verstanden werden, denn lt. UN-Behindertenrechtskonvention haben das Kindeswohl und die Effektivität der Förderung und nicht die Förderungsstruktur die höchste Priorität. In diesem Rahmen unterstützt der Landkreis grundsätzlich und gemäß seiner gesetzlichen Zuständigkeiten das Inklusionskonzept der Landesregierung.
- D) Am 31.12.2016 lebten 340 ursprünglich in Vorpommern-Greifswald ansässige Menschen mit Behinderungen in vollstationärer Betreuung außerhalb des Landkreises, mitunter in sehr großer Entfernung von ihrer Heimatregion. Gründe für diese Auslagerungen sind zum Teil Therapieziele, die nur in Abgrenzung von bisherigen Umwelten erreichbar sind, zum Anderen spiegelt sich hierin aber auch die Begrenztheit der Aufnahmekapazitäten innerhalb des Landkreises, insbesondere dann, wenn Betreuungsbedarfe zu decken sind, welche kleine Einrichtungen erfordern. Unter den auswärts Wohnenden waren am Stichtag 24 Kinder unter 15 Jahren und 7 minderjährige Jugendliche. Anfragen zur stationären Aufnahme von Kindern und Jugendlichen erreichen die Verwaltung ständig. Um diesen zu entsprechen und dabei den Kontakt zu den Herkunftsfamilien aufrechterhalten zu können, fehlen auf dem Gebiet des Landkreises derzeit geeignete Aufnahmemöglichkeiten.

Ziel 1

Frühzeitige Einleitung von Hilfen

Der Förderbedarf eines jeden Kindes mit Entwicklungsverzögerungen soll spätestens bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres flächendeckend erkannt und den Erziehungsberechtigten verständlich gemacht worden sein. Sie werden bei der Einleitung von Hilfen durch Fachkräfte öffentlicher und freier Träger kooperativ unterstützt. Dieser Prozess ist verwaltungsseitig im Zusammenhang der Integrierten Teilhabeplanung (ITP) zu koordinieren.



Maßnahmen

- a) Der Landkreis trägt zur Stabilisierung und zum Ausbau des Netzwerkes „Frühe Hilfen“ bei, indem er sich ab dem 1.1.2018 mit ca. 25.000 € an diesem bundesgeförderten Projekt beteiligt. Verantwortlich: Jugendamt
- b) Im Rahmen der Familienbildung erhalten Eltern Impulse, was altersgerechte Entwicklung bedeutet und wie die Entwicklungen des eigenen Kindes einzuschätzen sind. Ferner werden Wissen und Fertigkeiten vermittelt adäquat auf potentielle Entwicklungsverzögerungen zu reagieren. Dabei können Eltern gut über Kitas mit Familienbildungsangeboten erreicht werden – die Kita-Besuchsquote der 3 bis 6 Jährigen liegt bei etwa 97 %. Für eine Umsetzung derartiger Angebote wurden in den vergangenen Jahren bereits vielzählige Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen des Bundesprogramms „Elternchance II“ zu Elternberatern und -begleitern qualifiziert. Um weitere Fachkräfte für diese Ausbildung zu gewinnen unterstützt das Jugendamt diese Qualifizierung auch weiterhin. Für ein Tätigwerden im Rahmen der Elternberatung und -begleitung fehlt bisher noch eine solide Finanzierungsgrundlage. Daher werden die bisher dafür genutzten Landesmittel durch etwa 2000 Euro aus Kreismitteln aufgestockt, so dass Seitens der Kitas möglichst unkompliziert Gelder für Umsetzung von Familienbildungsangeboten abgerufen werden können. Verantwortlich: Jugendamt
- c) Der Babybesuchsdienst des Gesundheitsamtes („Babywillkommensbesuche“) hat sich bei der frühzeitigen Erkenntnis von milieubedingten Entwicklungsrisiken und Hilfebedarfen in unserem Landkreis bisher sehr bewährt. Auf Grund der geringen personellen Besetzung mit einer Kinderkrankenschwester (2015 für 30 Stunden pro Woche, 2016/2017 10 Stunden pro Woche) konnte der Einsatz bisher vorzugsweise nur im Bereich Anklam und Wolgast erfolgen. Dieses Modell soll in den nächsten Jahren auf weitere Standorte (Pasewalk, Greifswald, Insel Usedom) ausgeweitet werden.
- d) Eltern mit vorübergehenden und andauernden seelischen Beeinträchtigungen und deren Kinder erhalten ein mit den oben genannten Hilfen abgestimmtes Unterstützungs- und Vermittlungsangebot, welches Hilfen im Krisenfall sowie die Vermittlung in anschließende Unterstützungsnetzwerke regelt wie z.B. kurzfristige stationäre Aufnahme in Kliniken, Eltern-Kind-Gruppe für den regelmäßigen Austausch psychiatrienerfahrener Eltern oder Angebote zum Eltern-Kind Wohnen. Verantwortlich: Psychiatriekoordinatorin in Zusammenarbeit mit Jugendamt und Sozialamt

Ziel 2

Koordinierte Fallbegleitung

Kinder und Jugendliche mit besonderen Schwierigkeiten während ihrer schulischen Entwicklungsphase sollen abgestimmte Hilfen aus verschiedenen Bereichen ihrer Lebenswelt, insbesondere bei der Bewältigung von biografischen Übergängen oder Veränderungen erhalten. Es soll dazu ein Kommunikationssystem entstehen, an dem die Erziehungsberechtigten sowie alle wesentlichen Verantwortungsträger beteiligt sind.

Maßnahmen

- a) Etablierung und Nutzung der vom Inklusionsrat konzipierten regionalen Fallausschüsse zur Einleitung koordinierter Hilfen in besonders schwierigen Fällen. Die Koordination und Moderation der Fallausschüsse erfolgt durch das Jugendamt.
- b) Einsatz von Integrationshelfern entsprechend den Empfehlungen des Inklusionsrates auf der Grundlage der Integrierten Teilhabeplanungen (ITP) der zuständigen Fachämter. Sofern Betreuung in der Freizeit durch Integrationshelfer zu erbringen ist, soll geprüft werden, inwieweit diese Leistung in Anlehnung an § 116 (2, 3) SGB IX n.F. mehreren Kindern bzw. Jugendlichen gleichzeitig zukommen kann. Verantwortlich: Jugendamt und Sozialamt



Ziel 3

Betreuung von Kindern in Einrichtungen und Pflegefamilien

Die vollstationäre Betreuung von Kindern mit Behinderungen soll nach Möglichkeit in Wohnortnähe der Herkunftsfamilien erfolgen. Die Aufnahme in Pflegefamilien ist zu bevorzugen.

Maßnahmen

- a) Erweiterung der Platzkapazität für den Leistungstyp A.10 des Landesrahmenvertrages (LRV) in den Kalenderjahren 2018 und 2019. Die Standorte sollen im Landkreis räumlich verteilt sein und einen Schulbesuch mit akzeptablem Fahraufwand ermöglichen. Verantwortlich: Sozialamt
- b) Bei der Einrichtung neuer Betreuungsplätze des Leistungstyps A.10 soll deren Kombination mit Leistungen nach dem SGB XI ermöglicht werden. Verantwortlich: Sozialamt
- c) Die Akquise von Pflegefamilien für geistig, körperlich u. mehrfach behinderte Minderjährige ist zu intensivieren. Die Arbeitsgemeinschaft „Pflegekinder“ des Jugend- und des Sozialamtes überarbeitet in diesem Zusammenhang die Arbeitsgrundlagen des Landkreises zur Bewertung der Einstufung von Pflegekindern. Verantwortlich: Jugendamt und Sozialamt

Teil 2: Teilhabe an Arbeit

Handlungserfordernisse

- E) Menschen mit Beeinträchtigungen sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, in angemessener Weise am Arbeitsleben teilzunehmen und so einen Teil der Mittel ihres Lebensunterhaltes zu erwirtschaften. Dazu gehören sowohl Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Förderung der Erwerbsfähigkeit als auch die Erschließung von Beschäftigungsangeboten. Die Werkstätten für behinderte Menschen leisten einen unverzichtbaren Beitrag, um die Einlösung dieser Forderung sicher zu stellen. Die Aufnahme in eine Werkstatt ein Schritt, der erst gegangen wird, wenn alle anderen vorstellbaren Möglichkeiten der Integration in Tätigkeitsfelder ausgeschöpft wurden. Zugleich bemühen sich die Werkstätten, Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten und zu ermöglichen. In wie weit dies gelingen kann, hängt zum einen von Art und Schwere der Beeinträchtigung ab, aber auch von der Bereitschaft der Arbeitgeber, Menschen mit Behinderungen aufzunehmen. Es kommt darauf an, Instrumente zu entwickeln bzw. nutzbar zu machen, welche die Interessen beider Seiten verbinden.
- F) Der Besuch der Förderschule führt zu keinem den Regelschülern vergleichbaren Schulabschluss und damit zu keiner formalen Berufsreife. Der Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ (ehemals „Schule zur individuellen Lebensbewältigung“ – SiL) führt in der Regel in den Eingangsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen. Absolventen der anderen Förderschulzweige durchlaufen zunächst berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Danach verzweigen sich die Wege. Optionen sind die Berufsausbildung, weitere Maßnahmen oder ebenfalls die WfbM. Ob diese Wege dem Einzelfall angemessen sind und optimal genutzt werden, hängt in hohem Maße von der Qualität der Unterstützung ab, welche die Jugendlichen jeweils erhalten. Um optimale Hilfe zu ermöglichen muss im Zusammenwirken der Institutionen verhindert werden, dass sich die „Spuren“ der Hilfebedürftigen mit dem Ende der Schulzeit verlieren.



Ziel 4

Angemessene Einbindung Jugendlicher und junger Volljähriger mit psychischen Beeinträchtigungen und/oder starken Verhaltensauffälligkeiten nach Schulabschluss

Gegenüber diesen Jugendlichen und jungen Menschen sind beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben Betreuung und Beziehungsarbeit zu intensivieren, um ihre Vermittlungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Maßnahmen

- a) Im Laufe des voraussichtlich vorletzten Schuljahres des hilfebedürftigen Jugendlichen ist festzulegen, wie der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben individuell gestaltet werden soll. Der Landkreis bringt sich im Rahmen seiner Zuständigkeit und mit seinen gesetzlichen Möglichkeiten in die diesbezüglichen Kooperationen aus Schulen, der Bundesagentur für Arbeit, freien Trägern und potenziellen Arbeitgebern ein. Ab 1.1.2018 erfolgt dies im Rahmen der Teilhabekonferenzen gem. §19 SGB IX n.F.. Ggf. sollen die Fallausschüsse des Inklusionsrates angerufen werden, um Lösungsstrategien vorzuschlagen.
- b) Im Rahmen des Arbeitsbündnisses „Jugend und Beruf“ trägt der Landkreis zur Schaffung geeigneter Schnittstellenkonzepte beim Übergang in nachschulische Entwicklungen bei. Dies betrifft insbesondere die Umsetzung des Projektes „Jugend Stärken im Quartier“ (JUSTiQ) für junge Menschen im Alter von 12 bis 26 Jahren mit besonderem Hilfebedarf am Übergang Schule – Beruf (verantwortlich: Jugendamt) sowie die spezifische Einbeziehung von Förderschulen in die Brancheinformationstage des Landkreises (verantwortlich: SG Bildung und Schulentwicklung).
- c) Der Landkreis regt an, ein Angebot der Tagespflege für junge Menschen zu schaffen, das mit Maßnahmen der EGH kombiniert ist. Es richtet sich an Personen, welche bisher in Fördergruppen nach Leistungstyp A.7 aufgenommen wurden, ohne dessen Zielstellung, auf eine Tätigkeit in der WfbM vorzubereiten, gerecht werden zu können. Verantwortlich: Fallmanagement des Sozialamtes
- d) Um einen Betreuungs- und Bildungsbruch bei Jugendlichen in betreuten Wohnformen zu vermeiden und einen fließenden Übergang in Ausbildung und Berufsleben zu ermöglichen, sollen in die Alltags- und Wohnbetreuung rehabilitative Elemente aufgenommen werden, die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kostenträgern zu konzipieren sind. Verantwortlich: Jugendamt und Fallmanagement des Sozialamtes in Zusammenarbeit mit der Psychiatriekoordinatorin

Ziel 5

Mehr und vielfältigere Beschäftigungsangebote für Menschen mit erheblichen Leistungsminderungen außerhalb von Werkstätten

Maßnahmen

- a) Der Landkreis unterstützt die Schaffung von Zuverdienstmöglichkeiten im Sinne der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen¹ als niederschwelliges Arbeitsangebot für erwerbsgeminderte Leistungsempfänger. Er hält ab dem dritten Quartal 2017 einen ständigen Ansprechpartner für Gemeinden, freie Träger der Wohlfahrt und Partner aus der Wirtschaft zu diesem Thema im Sozialamt bereit². Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und der Psychiatriekoordinatorin.

¹ <http://www.bag-if.de/zuverdienst/>

² Finanziell ist die Nutzung von Zuverdienstmöglichkeiten durch Leistungsempfänger nach dem SGB XII gegenwärtig wenig lukrativ. Auf Grund §82 Abs.3 SGB XII behalten diese Leistungsempfänger nur 30% des selbst erarbeiteten Geldes. Empfänger von SGB II und Werkstattmitarbeiter sind dem gegenüber besser gestellt.



Ziel 6

Brücken aus den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in den allgemeinen Arbeitsmarkt

Die Werkstätten wirken als öffentlich geförderte Partner des Landkreises durch ein professionelles Eingliederungs- und Rehabilitationsmanagement, durch die Gestaltung von Arbeitsbedingungen und durch Möglichkeiten der Erprobung auf dem ersten Arbeitsmarkt darauf hin, dass ein Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unter Nutzung bestehender Förderinstrumente erfolgen kann – z.B. durch die Schaffung von Außenarbeitsgruppen und Einzelarbeitsplätzen. Es müssen jedoch Regelungen gefunden werden, um mehr Festanstellungen auf dem Ersten Arbeitsmarkt erzielen zu können. Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, welche diesem Ziel derzeit entgegenstehen, sollen vom Landkreis auf der landespolitischen Ebene thematisiert werden. Zusammen mit Partnern in Politik und Verwaltung soll nach praktikablen Lösungen gesucht werden. Die Instrumente des SGB IX n.F. sind verstärkt und kreativ anzuwenden.

Maßnahmen

- a) In den Prüfberichten zur Anlage H des Landesrahmenvertrages wird ab 2018 dargestellt, inwiefern es seitens der Werkstätten gelungen ist, das Ziel der Vermittlung in den Ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Künftige Teilhabeplanungen sollen die Ergebnisse auswerten. Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung.
- b) Für Leistungsempfänger, Leistungserbringer und Unternehmen müssen Angebote und Anreize geschaffen werden, um Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt und nachhaltige Beschäftigung und Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu ermöglichen. Dazu sind die ab 2018 verfügbaren gesetzlichen Instrumente „Unterstützte Beschäftigung“, „Budget für Arbeit“ oder die Nutzung anderer Leistungsanbieter (§§ 55, 60 und 61 SGB IX n.F.) zu erproben. Der Teilhabebericht 2020 bis 2025 weist aus, wie dies bis dahin gelungen ist. Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit der Psychiatriekoordinatorin und der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung
- c) Der Landkreis prüft unter Einbeziehung der Träger der Werkstätten und zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Kommunalen Sozialverband (KSV), wie Risiken und soziale Nachteile abgewendet werden können, welche Mitarbeiter von WfbM durch die Annahme von Arbeitsverhältnissen auf dem Ersten Arbeitsmarkt eingehen.³ Der Leiter des Sozialamtes beruft dazu im 3. Quartal 2017 eine Entwicklergruppe „Arbeit“, die zusammen mit dem KSV entsprechende Vorschläge erarbeitet. Verantwortlich: Leiter Sozialamt
- d) Der Landkreis wirkt darauf hin, dass der mit der Schaffung von Außenarbeitsplätzen ggf. verbundene Mehraufwand durch geeignete Regelungen im Landesrahmenvertrag Ausgleich findet. Es müssen aufwandsbezogene Vergütungssätze entwickelt werden. Ein angemessener Personalschlüssel für die Assistenzleistungen durch die Werkstätten ist sicher zu stellen. Die Entwicklergruppe „Arbeit“ erarbeitet bis zur Fachkonferenz im 2. Quartal 2018 (s. Maßnahme e) dazu einen geeigneten Vorschlag. Verantwortlich: Leiter Sozialamt
- e) Um die unter obiger Zielstellung definierten Maßnahmen umzusetzen, ist eine fachliche Verständigung zwischen dem Landkreis, der Bundesagentur, dem KSV und den Trägern der Werkstätten im Landkreis zu regelnden Fragen erforderlich. Im 2. Quartal 2018 soll dazu eine gemeinsame Fachkonferenz stattfinden, auf welcher die Regelungsbedarfe in

³ Z. Z. droht u.U. eine Schlechterstellung: Man verdient auf 1. AM nicht so viel, um ohne ergänzende Leistungen auszukommen, erwirbt häufig geringere Rentenansprüche als bei der Arbeit in einer Werkstatt, übernimmt aber Risiken. Z.B. ist die Rückkehr behinderter Menschen in die Werkstatt bei Problemen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (z.B. bei Insolvenz oder Kündigung), derzeit nur bedingt möglich, da unbesetzte Plätze nur kurzfristig weiter finanziert werden können.



ihrer Komplexität beschrieben und Lösungsalternativen vorgestellt werden. Die Fachkonferenz ist durch Fachgespräche auf der Arbeitsebene vorzubereiten. Sofern sich aus der Problemanalyse Regelungsbedarfe ergeben, die auf übergeordneter Ebene verhandelt werden müssen, wendet sich der Landkreis gemeinsam mit der Bundesagentur und dem KSV an diese. Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit Stabsstelle Integrierte Sozialplanung

Teil 3: Wohnen

Handlungserfordernisse

- G) Ein erheblicher Teil der Einwohner des Landkreises mit Beeinträchtigungen lebt zunächst selbständig bzw. im familiären Umfeld und erhält dort die ggf. erforderliche Unterstützung. Mit zunehmendem Lebensalter – sowohl der Hilfebedürftigen als auch der Helfenden – kann der Fall eintreten, dass dies nicht mehr möglich ist und professionelle Angebote werden in Anspruch genommen. Dieser Wechsel erfolgte in der Vergangenheit etwa mit Erreichen des 50. Lebensjahres. Inzwischen ist die Tendenz erkennbar, dass dieser Schritt zunehmend bereits in jüngeren Jahren erfolgt. Dahinter steht das wachsende Selbstständigkeitsbestreben von Menschen mit Beeinträchtigungen, das durch die UN-Behindertenkonvention gestützt wird. Diesem zu entsprechen ist u.a. ein Auftrag an die Kommunen. Dass dieses möglichst individuell und nahe dem bisherigen Wohnort stattfinden kann, ist ein zu akzeptierender Wunsch der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen. Dabei zeigt sich jedoch ein Widerspruch bei der Verteilung von Wohnmöglichkeiten: Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit fordert von Trägern die räumliche Konzentration ihrer Angebote, während im Sinne der Inklusion mehr dezentralisierte kleine Einheiten gebraucht werden. Zu beobachten ist bereits, dass junge Menschen mit Behinderungen, die bisher auf der Insel Usedom lebten, in der vertrauten Umgebung keine geeigneten und bezahlbaren Wohnmöglichkeiten finden und so zum Umzug veranlasst sind.

Ziel 8

Erweiterung des selbständigen Wohnens:

Das Angebot zum unterstützten und barrierefreien Wohnen für Menschen mit Beeinträchtigungen soll jederzeit dem steigenden Bedarf entsprechen. Bis zum Jahr 2020 werden pro Jahr zusätzliche Wohnmöglichkeiten für 60 bis 70 Personen benötigt. Dem wachsenden Bedürfnis nach Betreuung in der Häuslichkeit soll im Rahmen der Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit nachgekommen werden (vgl. §104 SGB IX n.F.). Beim Neu- und Umbau von Wohngebäuden sollen Gesichtspunkte der Barrierefreiheit von vornherein Beachtung finden.

Ziel 9

Erweiterung des ambulant betreuten Wohnens gegenüber dem stationären:

Die Schaffung neuer Wohnmöglichkeiten bezieht sich vornehmlich auf den ambulanten Bereich. Der Bestand an stationären Plätzen soll im Rahmen der veränderten Gesetzlichkeit bedarfsdeckend erhalten bleiben. Der Landkreis strebt im Rahmen seiner Beratungspflicht die Übersicht über alle im Kreisgebiet aktuell vorhandenen Angebote zum betreuten Wohnen an. Die Entscheidung über die Nutzung einer Wohnform soll im Rahmen der Teilhabeplan-Konferenz durch alle Beteiligte unter Beachtung fachlicher Standards, des Wunsch- und Wahlrechts der Betroffenen sowie des Wirtschaftlichkeitsgebots erfolgen. Einzubeziehen sind dabei die im Einzelfall erforderlichen komplementären Unterstützungsleistungen, wie z.B. hauswirtschaftliche Hilfe.

**Ziel 10****Verbleib in Wohnortnähe:**

Um die sozialen Kontakte der Hilfebedürftigen aufrecht zu erhalten, soll das Angebot an ambulanten Wohnformen unter Berücksichtigung des Verbleibs in Wohnortnähe erfolgen. Die Freiheit der Wahl des Lebensmittelpunkts soll bei Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgebots gewährleistet werden.

Maßnahmen zu den Zielen 8-10

- a) Die Stabsstelle Integrierte Sozialplanung beobachtet die Entwicklung der tatsächlichen und der voraussichtlichen Zahlen zu Übergängen ins professionell unterstützte Wohnen sowie von Neuzugängen in die Eingliederungshilfe und meldet auffällige Veränderungen an die Leistungserbringer. Die Stabsstelle Integrierte Sozialplanung erbittet gleichzeitig von den Leistungserbringern regelmäßig Informationen über die quantitative und qualitative Entwicklung der Nachfragen. Dieser Informationsaustausch erfolgt in der Regel im Laufe des ersten Quartals eines jeden Kalenderjahres mit Blick auf das jeweils zurückliegende Jahr, um rechtzeitig auf eventuelle Bedarfsentwicklungen reagieren zu können.
- b) Bei Vorliegen der technischen Voraussetzungen soll das Sozial- und Jugend-Servicesystem (SoJuS) des Landkreises genutzt werden. Beginn: Januar 2018. Verantwortlich: Stabsstelle Integrierte Sozialplanung in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Controlling des DII

Ziel 11**Inklusive Gestaltung des betreuten Wohnens unter Berücksichtigung der Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit**

Im Sinne der UN-Behindertenkonvention sind Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe aller am Zusammenleben der Gemeinschaft zu schaffen. Beeinträchtigungsbedingte räumliche Isolation ist zu vermeiden. Diese Forderung kann jedoch mit Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit kollidieren. Es wird immer wieder zu diskutieren sein, was unter „Inklusion“ im konkreten Fall zu verstehen ist. Die erfahrungsgeladene Definition von Standards für inklusives Wohnen soll dabei Orientierungen liefern.

Maßnahmen

- a) Entwicklung von Standards für inklusives Wohnen (einschließlich der Gestaltung des Wohnumfeldes bzw. Sozialraums und der tagesstrukturierenden Angebote) im kommunikativen Prozess zwischen Leistungserbringern, Leistungsberechtigten und Leistungsträgern im Rahmen einer Entwicklergruppe „Standards inklusives Wohnen“. Berufung durch Leiter Sozialamt im 3. Quartal 2017. (*Vorschlag: Leitung der Entwicklergruppe: Frau Heller-Scheunemann*)
- b) Schrittweise Aufnahme der entwickelten Standards für inklusives Wohnen in das System der Qualitätssicherung des Landkreises ab Januar 2018, verbunden mit Regelung zur personellen Absicherung der Prüfaufgaben ab 2019.
Verantwortlich: Leiter Sozialamt

Teil 4: Tagesstruktur und Alltagsgestaltung**Handlungserfordernisse**

- H) Wer in seiner Fähigkeit, sich selbst Ziele zu geben und diese zu verfolgen beeinträchtigt ist, braucht dabei angemessene Hilfe. Tagesstrukturierende Angebote sollen beitragen, Kompetenzen zu erhalten und soziale Integration zu fördern. Soll das Konzept der Inklusion greifen, müssen behinderte Menschen diese Angebote in ihrem alltäglichen Leben-



sumfeld vorfinden. „Die **Inklusion** von Menschen mit Behinderung in ihren Sozialraum geschieht nicht automatisch. Sie bedarf

- der **aktiven Beteiligung** der Menschen und Institutionen im Sozialraum im Sinne eines sich selbst entwickelnden Gemeinwesens
- der **barrierefreien Zugänglichkeit** von Einrichtungen und Diensten, damit auch Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen im Sozialraum agieren können,
- der **Räume für Kommunikation und Begegnung** und
- der **professionellen Brückenbauer** in das Gemeinwesen sowie Prozessmoderatoren.“⁴

Ziel 12

Mehr und spezifische Tagesangebote:

Angebote der Tagesbetreuung für selbständig und ambulant betreut wohnende Menschen sind sozialraumbezogen und bedarfsentsprechend unter Nutzung der Leistungstypen A.7, B.1, C.6 und E.4 des Landesrahmenvertrages, so weit möglich auch in Kombinationen untereinander, ggf. in Verbindung mit der Tagespflege, oder mit niederschweligen Formen wie Begegnungsstätten, mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit vorzuhalten. Zum Erhalt bzw. zur Förderung der Eigenständigkeit der Nutzerinnen und Nutzer ist eine personenspezifische Flexibilisierung der Anwesenheitsregelungen anzustreben. Den Bedürfnissen der Altersgruppen 25 bis 50 ist in gesonderter Weise Rechnung zu tragen.

Maßnahmen

- a) Sozialraumkonferenzen unter Beteiligung der Amts- und Gemeindeverwaltungen und der vor Ort tätigen Leistungserbringer zur aktuellen Versorgungssituation mit und möglichen Erweiterung von Tagesangeboten in Regie der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung und im Zusammenwirken mit dem Fallmanagement des Sozialamtes, dem Gesundheitsamt und der Psychiatriekoordinatorin ab dem dritten Quartal 2017.
- b) Entwicklung von wirtschaftlich tragfähigen und fachlich gesicherten flexiblen Modellen der Tagesstrukturierung durch eine ämterübergreifende Entwicklergruppe „Tagesstruktur“. Berufung durch DII im dritten Quartal 2017
- c) Erarbeitung eines Versorgungsstrukturplans zur Tagesbetreuung auf der Grundlage der erfüllten Maßnahmen a und b durch die Stabsstelle Integrierte Sozialplanung in Zusammenarbeit mit dem Fallmanagement des Sozialamtes, dem Gesundheitsamt, der Psychiatriekoordinatorin und der Entwicklergruppe „Tagesstruktur“. Vorlage im Sozialausschuss im zweiten Quartal 2018.
- d) Einrichtung von tagesstrukturierenden Angeboten für suchtkranke Menschen in Greifswald, Anklam und Wolgast inclusive Fahrdienst bis 2020. In 2018 soll im ersten Schritt ein Angebot in Anklam entstehen. Dabei kann der Leistungstyp C.6 des Landesrahmenvertrages in Anwendung kommen, sofern sich keine geeignetere Möglichkeit im Sinne des Inklusionsgedankens anbietet.

Ziel 13

Angebote für ehemalige Werkstattmitarbeiter

Menschen mit Beeinträchtigungen, die altersbedingt aus den Werkstätten ausgeschieden sind, sollen **mehr** Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben angeboten werden. Dazu gehören tagesstrukturierende Angebote in Wohnheimen, Begegnungsstätten und in ambulanter Betreuung. Diese sollen entsprechend der Art und Schwere der Beeinträchtigung differenziert sein. Der Leistungstyp A.2 des Landesrahmenvertrages ist zur Umsetzung dieses Ziels zu nutzen.

⁴ Stadt Ulm, S.116



Maßnahmen

- a) Die Überleitung ehemaliger Werkstattmitarbeiter in Nachsorgestrukturen erfolgt auf der Grundlage eines Teilhabeplans, in der Regel im Rahmen einer Teilhabekonferenz. Dabei sollen Festlegungen getroffen werden, welche mindestens den Erhalt erworbener Kompetenzen unterstützen. *Verantwortlich: Fallmanager(innen) des Sozialamtes*
- b) Erweiterung der tagesstrukturierenden Angebote für altgewordene ehemalige Werkstattmitarbeiter(innen) im Umfeld ihrer Wohnstätten im Rahmen des Leistungstyps A.2 entsprechend den Festlegungen der ITP. Das Fallmanagement des Sozialamtes prüft in Zusammenarbeit mit der Heimaufsicht, inwiefern diese Forderung erfüllt wird.
- c) Der Landkreis prüft in Abstimmung mit dem KSV, inwiefern zur besonderen Förderung in Einzelfällen individuelle Zuschläge zur Maßnahmepauschale vereinbart werden können. *Verantwortlich: Leiter Sozialamt*
- d) Der Landkreis nimmt Einfluss auf den KSV und das Land MV, um eine Erweiterung des Betreuungsschlüssels für den Leistungstyp A.2 zu erreichen. *Verantwortlich: Leiter Sozialamt*

Ziel 14

Ergänzende unabhängige Beratung

Menschen mit Behinderungen haben die Möglichkeit, wohnortnah professionelle Beratung in allen sie betreffenden Angelegenheiten einzuholen und ebendort alle sie im Zusammenhang ihrer Behinderung bewegenden Bedürfnisse zu artikulieren.

Maßnahmen

- a) Der Landkreis gewährleistet die Erfüllung seiner Beratungspflicht gem. § 106 SGB IX (BTHG). Er hält die erforderliche Zahl von entsprechend qualifizierten Fachkräften vor und bietet zusammen mit den Amts- und Gemeindeverwaltungen Sprechstunden außerhalb seiner Verwaltungsstandorte an. *Verantwortlich: Amtsleiter im DII*
- b) Der Landkreis unterstützt darüber hinaus im Rahmen der Neugestaltung seiner Beratungslandschaft die Einrichtung von ergänzenden unabhängigen Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderungen im Sinne des §32 SGB IX (BTHG). *Verantwortlich: Leiter Sozialamt*

Ziel 15

Menschen mit Beeinträchtigungen sollen auf dem Territorium des Landkreises barrierefreie Verkehrsbedingungen und Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Einrichtungen vorfinden.

Maßnahmen

- a) Der Landkreis prüft in Zusammenarbeit mit den im Landkreis tätigen Verkehrsbetrieben regelmäßig die Verkehrsinfrastruktur unter den Gesichtspunkten der Barrierefreiheit. Schwerpunkte bilden dabei zunächst der ÖPNV und die An- und Abfahrwege von Werkstattbeschäftigten und Besucher(innen) von Tagesstätten. *Verantwortlich: Stabsstelle Beteiligungen*
- b) Die Kreisverwaltung prüft die Barrierefreiheit der durch den Landkreis dauerhaft genutzten Immobilien und erstellt einen Plan zur Umsetzung von Gestaltungsmöglichkeiten bis Dezember 2017. *Verantwortlich: Amt für Immobilienmanagement*
- c) Die Kreisverwaltung schafft bis Ende 2017 die Voraussetzungen, um amtliche Schriftstücke im Bedarfsfall in Braille-Schrift erstellen zu können. *Verantwortlich: Hauptamt*



- d) Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum wird auf der Grundlage der Zuarbeiten aus den genannten Fachämtern sowie aus den Städten und Gemeinden regelmäßig in der Teilhabeplanung des Landkreises bewertet – erstmalig in der Planung 2020 bis 2025.
Verantwortlich: Stabsstelle Integrierte Sozialplanung

Teil 5: Konsequenzen aus der Umsetzung des BTHG für die Organisationsentwicklung der Kreisverwaltung

Handlungserfordernisse

- I) Zurzeit betreut eine Mitarbeiterin / ein Mitarbeiter im Bereich Eingliederungshilfen 250 bis 300 Fälle, hinter denen etwa 400 Personen stehen. Daraus ergibt sich heute bereits eine sehr hohe Arbeitsbelastung, welche die schrittweise Absenkung der Fallzahlen je VZE wünschenswert sein lässt. Da die Neuregelung der Einkommens- und Vermögensgrenzen im neugefassten SGB IX eine Erweiterung der Zahl der Leistungsberechtigten mit sich bringen wird, ist die Erweiterung des Personalbestands in diesem Bereich geboten. Die vorgesehene stärkere Verzahnung von Leistungen des Pflegerechts mit denen der Eingliederungshilfe zieht eine Erweiterung des Kompetenzprofils der Beschäftigten durch Weiterbildung nach sich.
- J) Die Komplexität der Aufgabenstellungen, die sich aus dem BTHG ergeben, erfordert die Überarbeitung zahlreicher bisher geltender amtsinterner Arbeitsgrundlagen bzw. entsprechende Neuentwicklungen. Im Interesse der Qualitätssicherung, aber auch bei der Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen oder bei der ämterübergreifenden Zusammenarbeit, empfiehlt sich die verbindliche Anwendung eines Informations- und Wissensmanagements.
- K) Der Gedanke der Inklusion ist ein Vorschlag zu einem gesellschaftlichen Miteinander, das keine Ausgrenzung von Menschen auf Grund von äußeren Merkmalen kennt. Seine Umsetzung kann durch gesetzliche Vorgaben unterstützt, durch diese allein aber nicht durchgesetzt werden. Dem Landkreis obliegt es, Schrittmacher wünschenswerter gesellschaftlicher Entwicklungen auf seinem Territorium zu sein. Seine Verwaltung ist ein Betrieb, der die schrittweise Einführung inklusiver Arbeitsweisen und Arbeitsumgebungen vorleben kann.

Ziel 16

Gemäß §97 SGB IX (BTHG) soll der Landkreis eine dem steigenden Bedarf der Zielgruppe und ihrer voraussichtlichen quantitativen Erweiterung entsprechende Anzahl qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Umsetzung des BTHG vorhalten und für die adäquate Weiterbildung der Stelleninhaber(innen) und planmäßigen Nachrücker(innen) sorgen.

Maßnahmen*

- a) Die Personalstellenzahl im Bereich der Eingliederungshilfe ist ab 2018 entsprechend der zu erwartenden Erweiterung der Fallzahl zu erweitern. Der Fallschlüssel soll auf weniger als 250 Fälle je Vollzeitkraft abgesenkt werden.
Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Controlling DII
- b) Anhebung der Vollzeitstellenzahl der Fallmanagerinnen bzw. Fallmanager im Sozialamt in Abhängigkeit von der Entwicklung der Fallzahlen und der Entwicklung der Aufgabenprofile bei der Umsetzung des BTHG und der Teilhabeplanung.
Verantwortlich: Leiter Sozialamt in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Controlling DII

*Diese Maßnahmen sind zahlenmäßig näher zu untersetzen, wenn eine realitätsnahe Abschätzung des künftigen Aufgabenumfangs und der Fallzahlenentwicklung möglich geworden ist.



Ziel 17

Geregelter Informationsfluss innerhalb der Verwaltung zu ungedeckten Bedarfen von Leistungsbeziehern sowie zu Regelungen und Initiativen

Maßnahmen

- a) Amtsintern angewendete Verfahrensregelungen (Richtlinien, Anweisungen, Festlegungen u.ä.) werden in definierten Ordnern nach einheitlichem Muster digital abgelegt und sind auf Antrag amtsfremden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises zugänglich.
Verantwortlich: Amtsleiter im DII in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung und dem SG Organisation
- b) Die in den ITP festgestellten individuellen Bedürfnisse sowie die tatsächlich eingeleiteten Maßnahmen sind digital zu erfassen und der Sozialplanung zum Zwecke der Identifizierung von ungedeckten Bedarfen zur Verfügung zu stellen.
Verantwortlich: Fallmanagement des Sozialamtes in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung

Ziel 18

Der LK sorgt für eine inklusive Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und beachtet die Interessen von Beschäftigten mit Beeinträchtigungen.

Maßnahmen

- a) Bestellung eines/einer Inklusionsbeauftragten nach § 181 SGB IX (BTHG) durch die Landrätin im 1. Quartal 2018
- b) Der Inklusionsbeauftragte erarbeitet zusammen mit dem Personalrat und der Behindertenvertretung Vorschläge zur inklusiven Gestaltung von Arbeitsumgebungen und Arbeitsabläufen



**Finanzielle Auswirkungen der geplanten Maßnahmen
Übersicht zu den im Haushalt 2018/2019 zu berücksichtigenden Kosten**

| Ziel und Maßnahme | Kurzbeschreibung | zuständiges Amt | Rechtsgrundlage | Finanzierungsquelle | Kosten in 2018 in Euro | Kosten in 2019 in Euro | Anmerkung |
|-------------------|---|-----------------------|--|--|---------------------------------|------------------------|--|
| 1a | Bundesprojekt Frühe Hilfen | Jugend- und Sozialamt | Förderprogramm Bund | Kreishaushalt (ergänzende Finanzierung) | Ca. 25.000 | Ca. 25.000 | |
| 1b | Qualifikation Elternberater | Jugend- und Sozialamt | RL Familienbildung LK VG | Landesmittel | ca. 2000 | ca. 2000 | |
| 2b | Integrationshelfer | Jugend- und Sozialamt | §35a SGB VIII bzw. §54 SGB XII; Rechtsanspruch, wenn fachärztliches Gutachten vorliegt | Kreishaushalt | derzeit beim JA geplant: 900 T€ | offen | z.Z. 46 Fälle n. SGB VIII, 92 n. SGB XII |
| 3c | Weitere Akquise von Pflegefamilien für behinderte Kinder | Jugend- und Sozialamt | RL LK VG gem. §33 i.V.m. §39 SGB VIII | Kreishaushalt | z.Z. nicht bezifferbar | | |
| 3a | Weitere Plätze nach Leistungstyp A.10 LRV | Jugend- und Sozialamt | §54 SGB XII i.V.m. LRV | Kreishaushalt und Landesmittel | z.Z. nicht bezifferbar | | Kostensatz 89,10 € pro Platz und Tag |
| 4d | Tagespflege für junge Menschen | Jugend- und Sozialamt | Pflegegrad nach PSG und §53 SGB XII | Kreishaushalt und Pflegekasse | z.Z. nicht bezifferbar | | |
| 12d | Einrichtung von tagesstrukturierenden Angeboten für Menschen mit Suchtkrankheiten in Anklam, Wolgast und Greifswald | Jugend- und Sozialamt | §53f. SGB XII i.V. m. LT C.6 LRV | Kreishaushalt und Landesmittel | z.Z. nicht bezifferbar | | Kostensatz 40 € pro Platz und Tag bei LT C.6 |
| 13b | Erweiterung Tagesstruktur i.V. m. LT A.2 und als Zuschlag zur MN-Pauschale in Einzelfällen | Jugend- und Sozialamt | §53f. SGB XII i.V. m. LT A.2 LRV | Kreishaushalt und Landesmittel | z.Z. nicht bezifferbar | | |
| 14b | unabhängige Beratung | Jugend- und Sozialamt | Vereinbarung zw. Land MV u. LK VG über Modellprojekt Beratungslandschaft | Kreishaushalt und Landesmittel aus Modellprojekt Beratungslandschaft | Ca. 31.000 | Ca. 31.000 | |
| 7a | Fachkonferenz Integration in Arbeit | Stabsstelle Int. SP | | | 1.000 | | |
| 12a | Sozialraumkonferenzen Tagesangebote | Stabsstelle Int. SP | | | 600 | | |



Zeitliche Struktur zur Umsetzung der Maßnahmen

| Ziel und Maßnahme | Kurzbeschreibung | zuständig | 2017 | 2018 | | längerfristig | |
|-------------------|--|---------------------------------------|---------------------------------------|------------|------------|---------------|---------|
| | | | 3. Quartal | 1. Quartal | 2. Quartal | | |
| 5a | Benennung Ansprechpartner(in) zu Zuverdienstmöglichkeiten | Leiter Sozialamt | x | | | | |
| 6c | Berufung Entwicklergruppe „Arbeit“ | | x | | | | |
| 11a | Berufung Entwicklergruppe „Standards inklusives Wohnen“ | | x | | | | |
| 12b | Berufung ämterübergreifender Entwicklergruppe „Tagesstruktur“. | Dezernent D II | x | | | | |
| 15c | Amtliche Schreiben in Braille-Schrift | Hauptamt | x | | | | |
| 15b | Prüfung Barrierefreiheit in KV-Immobilien | SG Immobilienmanagement | x | | | | |
| 17a | Info-System Dokumente | Amtsleiter im DII /SG Organisation | x | | | | |
| 12a | Sozialraumkonferenzen Tagesstruktur | Stabsstelle Integrierte Sozialplanung | x | x | | | |
| 17b | Datenerfassung zu ITP | FM /Stabsstelle Sozialplanung | | x | | | |
| 18a | Berufung Inklusionsbeauftragter | Landrätin | | x | | | |
| 8-10a | Informationsaustausch Wohnbedarf | Stabsstelle Integrierte Sozialplanung | | x | | | |
| 8-10b | Einführung SoJus | | | x | | | |
| 6e | Fachkonferenz Brücken in den Arbeitsmarkt | | | | | x | |
| 12c | Versorgungsstrukturplan zur Tagesbetreuung | | | | | x | |
| 13c,d | Gespräch KSV zum LT A.2 | Leiter Sozialamt | | | x | | |
| 12d | Tagesangebot f. Suchtkranke in Anklam | | | | x | | |
| 12d | Tagesangebot f. Suchtkranke in Greifswald | | | | | | in 2019 |
| 12d | Tagesangebot f. Suchtkranke in Wolgast | | | | | | in 2020 |
| 16a | Absenkung Fallschlüssel | | | | | | Ab 2018 |
| 16b | Anhebung Stellenzahl FM | | | | | | Ab 2019 |
| 15d | Bewertung Barrierefreiheit in THP | | Stabsstelle Integrierte Sozialplanung | | | | 2019 |



Anlage:

Menschen mit Beeinträchtigungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald (Aktualisierung von Bestandszahlen)

Im Sinne der UN-Behindertenkonvention differenziert das neue Bundesteilhabegesetz zwischen Behinderung und Beeinträchtigung. „Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Menschen sind von Behinderung bedroht, wenn eine Beeinträchtigung nach Satz 1 zu erwarten ist (§2 Abs.1 SGB IX (BTHG)).“ Liegt ein Behinderungsgrad von mindestens 50 Prozent vor, spricht das Gesetz von einer Schwerbehinderung (§2 Abs.2 SGB IX (BTHG)).

Die Gesamtheit der im Landkreis lebenden Menschen mit Beeinträchtigungen ist statistisch unbekannt. Das Statistische Landesamt MV veröffentlicht in zweijährigem Abstand Daten zum Bestand an Menschen mit Schwerbehinderungen. Die Datenbank des Landkreises enthält Angaben zu Menschen, die Leistungen zur Eingliederungshilfe nach dem SGB XII erhalten. Die folgende Darstellung ist also bezogen auf diese beiden Ausschnitte selektiv. Doch diese Beschränkung ist hinreichend, da sich die Handlungsmöglichkeiten des Landkreises im Wesentlichen auf den Personenkreis der Empfänger von Eingliederungshilfen beziehen. Menschen mit Schwerbehinderungen sind wesentlich zahlreicher als jene. Viele von ihnen kommen aber im Laufe ihres Lebens in die Situation, Eingliederungshilfen in Anspruch zu nehmen.

Menschen mit Schwerbehinderung im Sinne des Schwerbehindertenrechts

Im Jahr 2015 waren im Land MV 180.828 Personen als schwerbehindert registriert. Das entspricht einem Anteil von 11 % an der Gesamtbevölkerung. Gegenüber 2011 ist die Zahl der Schwerbehinderten um 8,9 Prozent gestiegen. Für etwa 2% waren in den vergangenen Jahren Unfälle oder Berufskrankheiten verantwortlich, die übrigen Beeinträchtigungen entfielen auf sonstige, mehrere oder nicht bekannte Ursachen. Die krankheitsbedingten Ursachen sind in den vergangenen Jahren am stärksten angestiegen (2011: 76%; 2015: 78 %). Von den Behinderungsarten sind die körperlichen am häufigsten, auf seelisch- geistige Behinderungen entfielen 15 % im Jahr 2015, auf hirnorganische Störungen ca. 10 %. 22 % der Schwerbehinderten waren mit einem Grad von 100 % eingestuft, ca. 30 % mit einem Grad von 50%. Diese Zahlen waren in den letzten Jahren relativ stabil. Die Statistik zeigt, dass mit zunehmendem Alter Schwerbehinderungen häufiger auftreten. Im Jahr 2013 waren 47 %, im Jahr 2015 49 % ab 65 Jahre alt. Unter den Landkreisen hatten 2015 der LK Mecklenburgische Seenplatte und der LK Vorpommern-Greifswald die höchsten absoluten Zahlen an Schwerbehinderten zu verzeichnen.



Land Mecklenburg-Vorpommern: Menschen mit Schwerbehinderungen am 31.12.2015 nach Altersgruppen, und nach Kreisen

| Alter von ... bis unter ...Jahren | Land MV | Rostoc k | Schwerin | Meckl. Seenplat- te | LK Rostoc k | Vor- pom- mern- Rügen | Nord- west- mecklen- burg | Vor- pom- mern- Greifs- wald | darun- ter HGW | Ludwigs- lust- Parchim |
|-----------------------------------|----------------|---------------|---------------|---------------------------|-------------------|--------------------------------|------------------------------------|--|----------------------|------------------------------|
| Unter 6 | 492 | 54 | 34 | 71 | 80 | 66 | 56 | 58 | 22 | 73 |
| 6 - 15 | 2.459 | 341 | 155 | 423 | 320 | 305 | 220 | 315 | 77 | 380 |
| 15 - 18 | 1.037 | 130 | 54 | 178 | 173 | 131 | 97 | 127 | 30 | 147 |
| 18 - 25 | 2.502 | 293 | 159 | 477 | 306 | 321 | 222 | 408 | 93 | 316 |
| 25 - 35 | 7.900 | 942 | 589 | 1.510 | 824 | 1.104 | 670 | 1.234 | 323 | 1.027 |
| 35 - 45 | 8.955 | 1.057 | 592 | 1.730 | 955 | 1.250 | 818 | 1.388 | 320 | 1.165 |
| 45 - 55 | 22.816 | 2.105 | 1.335 | 4.623 | 2.430 | 3.324 | 2.081 | 3.680 | 630 | 3.238 |
| 55 - 60 | 20.196 | 1.675 | 1.104 | 4.305 | 2.027 | 2.833 | 1.915 | 3.422 | 576 | 2.915 |
| 60 - 62 | 9.977 | 814 | 613 | 2.149 | 991 | 1.385 | 888 | 1.676 | 274 | 1.461 |
| 62 - 65 | 16.510 | 1.350 | 987 | 3.494 | 1.638 | 2.334 | 1.535 | 2.773 | 471 | 2.399 |
| 65 und mehr | 87.984 | 10.806 | 7.014 | 15.691 | 8.864 | 12.833 | 7.747 | 14.010 | 3.053 | 11.019 |
| gesamt | 180.828 | 19.567 | 12.636 | 34.651 | 18.608 | 25.886 | 16.249 | 29.091 | 5.869 | 24.140 |

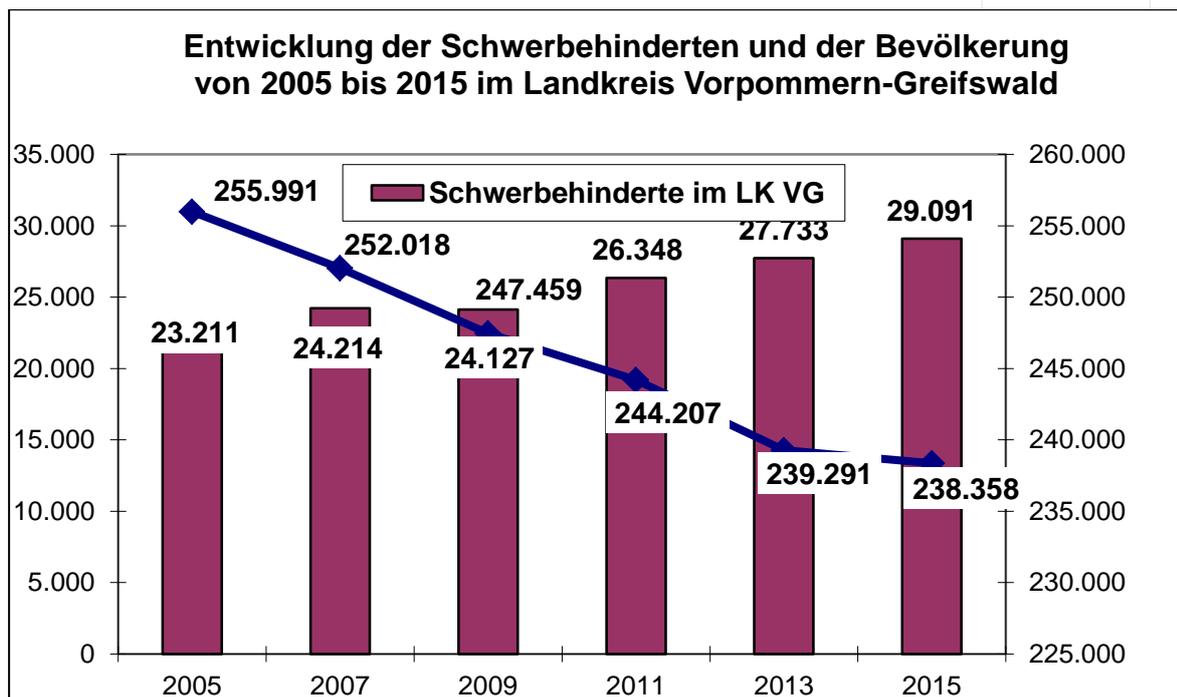
Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2015

Im Landkreis Vorpommern-Greifswald stieg die Zahl der Menschen mit Schwerbehinderungen von 2005 bis 2015 von 23.211 auf 29.091 an. Die Bevölkerung im Territorium reduzierte sich hingegen von fast 256.000 auf 238.358. Der Anteil schwerbehinderter Menschen an der Gesamtbevölkerung hat sich damit von 9,1 auf 12,2 Prozent erhöht. Im Zeitraum 2011 bis 2015 nahm die Zahl der Schwerbehinderten um 9,5 % zu.⁵ Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren schon auf Grund der Altersstruktur voraussichtlich fortsetzen.

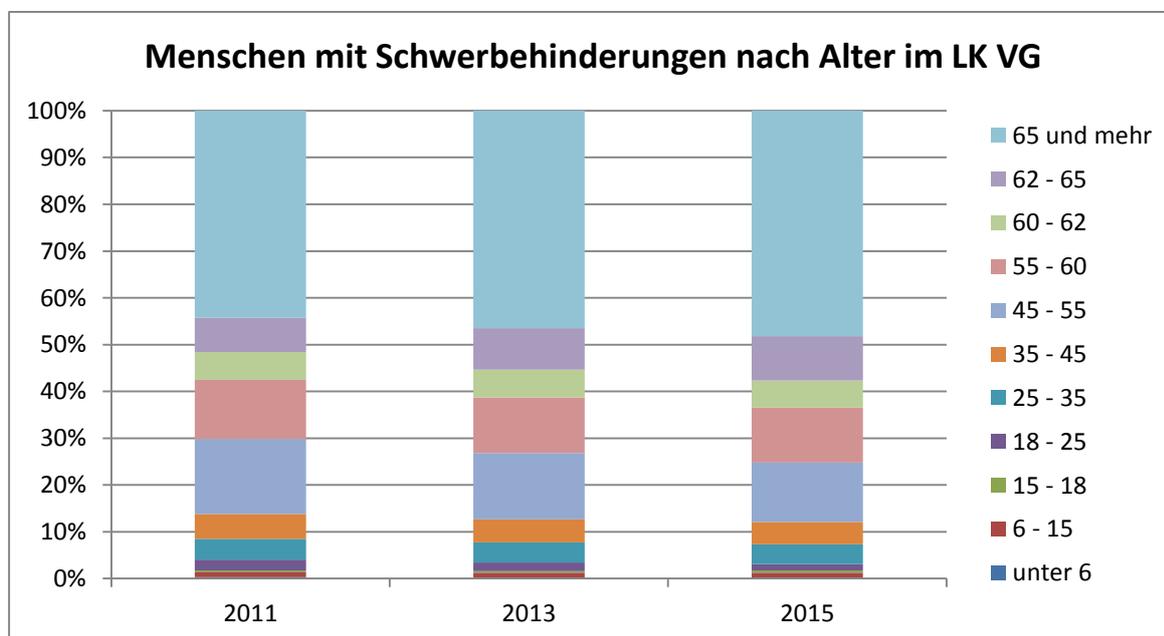
Der Anstieg von Schwerbehinderten im Landkreis von 2011 bis 2015 kommt vor allem durch die über 65jährigen zu Stande. Bis einschließlich 2020 wird diese Altersgruppe weiteren Zuwachs um etwa 4400 Personen durch die 60 bis 65jährigen aus 2015 erhalten. Weitere 3400 Menschen werden in den darauf folgenden fünf Jahren in diese Altersphase nachrücken. Bei einer jährlichen Sterblichkeitsquote von 1,5 Prozent (bezogen auf die Gesamtbevölkerung des Kreises) und einer den nicht behinderten Menschen gleich gestellten Lebenserwartung ist mit einem Verlust von etwa 400 Menschen mit Behinderung pro Jahr zu rechnen⁶. Erst ab etwa 2023 wird dieser Zuwachs deutlich geringer.

⁵ Im Land M-V waren es 4%.

⁶ Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Gertz Gutsche Rümenapp: Kleinräumige Bevölkerungsprognose Vorpommern-Greifswald bis 2030, 2014



Wie im Land M-V insgesamt stieg der Anteil der Altersgruppe ab 65 Jahre in den letzten Jahren und umfasste 2015 ca. 48 % aller Schwerbehinderten. Die Altersverteilung bei den Schwerbehinderten im Landkreis Vorpommern-Greifswald wird in den nachfolgenden Übersichten deutlich.



Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2015



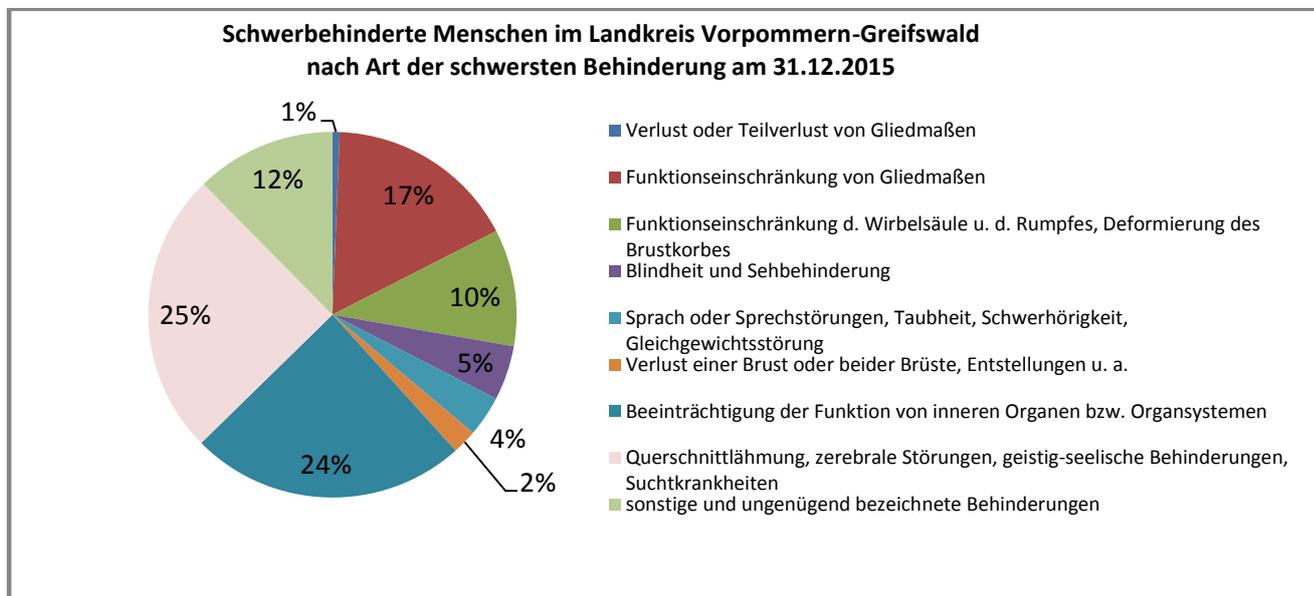
Menschen mit Schwerbehinderungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2011 bis 2015 nach dem Lebensalter

| Alter | 2011 | 2013 | 2015 | 2011-2013 | 2013-2015 |
|-------------|-------|-------|-------|-----------|-----------|
| unter 6 | 84 | 69 | 58 | -15 | -11 |
| 6 - 15 | 270 | 270 | 315 | 0 | 45 |
| 15 - 18 | 103 | 111 | 127 | 8 | 16 |
| 18 - 25 | 619 | 500 | 408 | -119 | -92 |
| 25 - 35 | 1165 | 1191 | 1234 | 26 | 43 |
| 35 - 45 | 1390 | 1368 | 1388 | -22 | 20 |
| 45 - 55 | 4226 | 3939 | 3680 | -287 | -259 |
| 55 - 60 | 3339 | 3293 | 3422 | -46 | 129 |
| 60 - 62 | 1550 | 1647 | 1676 | 97 | 29 |
| 62 - 65 | 1948 | 2458 | 2773 | 510 | 315 |
| 65 und mehr | 11654 | 12887 | 14010 | 1233 | 1123 |
| gesamt | 26348 | 27733 | 29091 | 1385 | 1358 |

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern 2011, 2013 und 2015

Die Auswirkungen der Schwerbehinderung für die betroffenen Menschen können sehr unterschiedliche sein – von weitgehend gelingender Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an Erwerbsarbeit bis zu hochgradigem Unterstützungsbedarf. Deshalb müssen die verbreiteten Arten von Beeinträchtigungen betrachtet werden. Die Landesstatistik klassifiziert Personen mit Schwerbehinderungen nach der Art ihrer schwersten Beeinträchtigung. Diese Einschränkung verweist bereits auf den Umstand der Mehrfachbehinderungen, die hier nicht näher erfasst ist. Auch werden Wechselwirkungen mit Umweltfaktoren, durch welche Beeinträchtigungen erst zu Behinderungen werden, bei dieser Betrachtung nicht deutlich.

Die Verteilung der Arten von Beeinträchtigungen innerhalb des Landes M-V entspricht in etwa der innerhalb des Landkreises Vorpommern-Greifswald, wie die nachfolgende Grafik zeigt.



Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 2015

Die Planungsräume I (Stadt Greifswald) und III (Ämter Am Peenestrom, Lubmin, Usedom-Nord und –Süd, Gemeinde Heringsdorf) weisen vergleichsweise die höchsten Anteile schwerbehinderter Einwohner auf. Ihre Dichte in Bezug auf die jeweilige Wohnbevölkerung (Anteil an je 1000 Einwohnern) ist im Süden des Landkreises jedoch höher als im Kreisdurchschnitt. Die Zahlen sind auch im Zusammenhang mit behinderungsspezifischen Verteilungen der Angebote zu sehen.



Sozialräumliche Verteilung und Verteilungsdichte von Menschen mit Schwerbehinderungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2015

| | Einwohner 2015 | Schwerbehinderte 2015 | | Schwerbehinderte je 1000 Ein- wohner im Jahresvergleich | |
|------------------|-------------------|--------------------------|-------------|--|------------|
| | | | In Prozent | 2013 | 2015 |
| Planungsraum I | 57286 | 5869 | 20,2% | 101 | 102 |
| Planungsraum II | 23252 | 2678 | 9,2% | 108 | 115 |
| Planungsraum III | 55797 | 6429 | 22,1% | 110 | 115 |
| Planungsraum IV | 34544 | 4256 | 14,6% | 115 | 123 |
| Planungsraum V | 34028 | 4955 | 17,0% | 136 | 146 |
| Planungsraum VI | 33451 | 4904 | 16,9% | 136 | 147 |
| LK VG | 238358 | 29091 | 100% | 116 | 122 |

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern 2013 und 2015

Empfänger von Eingliederungshilfen nach dem SGB XII⁷

Leistungen zur Eingliederungshilfe (EGH) können Menschen mit Behinderungen erhalten, „wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach Art oder Schwere der Behinderung, Aussicht besteht, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe erfüllt werden kann.... Besondere Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen“ (§53 Abs.1 und 3 SGB XII).

Empfänger von Eingliederungshilfe im Land Mecklenburg-Vorpommern nach Kreisen 2015

| Kreisfreie Stadt Landkreis Land | Eingliederungshilfe für behinderte Menschen | in Prozent |
|---------------------------------------|---|---------------|
| Rostock | 3.872 | 14,1% |
| Schwerin | 1.689 | 6,2% |
| Mecklenburgische Seenplatte | 5.326 | 19,4% |
| Landkreis Rostock | 3.091 | 11,3% |
| Vorpommern-Rügen | 3.731 | 13,6% |
| Nordwestmecklenburg | 2.383 | 8,7% |
| Vorpommern-Greifswald | 3.807 | 13,9% |
| Ludwigslust-Parchim | 3.555 | 12,9% |
| Mecklenburg-Vorpommern | 27.454 | 100,0% |

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Sozialhilfe in Mecklenburg-Vorpommern 2015. Schwerin, 10.1.2017

Eingliederungshilfe kann in Einrichtungen oder außerhalb dieser erbracht werden. Sie kann einmalig oder laufend sein. Je nach Zählweise kann es zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das Statistische Amt MV schließt bestimmte Personengruppen aus der Zählung aus (s. Blatt 1 der angegebenen Quelle). U.a. deshalb unterscheidet sich der Gesamtwert aus der Statistik des Landkreises von dem des Landes. Zur Darstellung der einmaligen Leistungen im Landkreis Vorpommern-Greifswald werden die ganzjährig kumulierten Zahlen heran gezogen, da es sich um relativ wenige Fälle handelt. Bei den laufenden Leistungen

⁷ Ab 1.1.2020 geht das Recht der Eingliederungshilfe in das SGB IX über.



kann es bei dieser Darstellungsweise zu Doppelzählungen kommen, wenn die Leistungsart im Laufe des Kalenderjahres wechselt. Deshalb ist die Darstellung anhand von Stichtagen für die laufenden Leistungen geeigneter.

Leistungsempfänger zur Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel des SGB XII im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 bis 2016 (ganzjährig kumuliert)

| Jahr | außerhalb von Einrichtungen | | innerhalb von Einrichtungen | | gesamt |
|------|-----------------------------|----------------------|-----------------------------|----------------------|--------|
| | laufende Leistungen | einmalige Leistungen | laufende Leistungen | einmalige Leistungen | |
| 2013 | 1119 | 11 | 2183 | 151 | 3464 |
| 2014 | 1192 | 6 | 2220 | 161 | 3579 |
| 2015 | 1280 | 17 | 2688 | 127 | 4112 |
| 2016 | 1355 | 20 | 2703 | 122 | 4200 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017

Von 2013 bis 2016 stieg die Gesamtzahl der Personen, die laufende Leistungen der EGH erhielten, bei ganzjähriger Betrachtung um etwa 700 an. Beim Stichtagsvergleich bewegen sich die Steigerungen zwischen knapp 300 (Dezember) und 500 (März). Bewirkt wurde diese Zunahme vor allem durch Leistungen außerhalb von Einrichtungen (Kinder bis zum Schuleintritt in Frühförderung) sowie durch die Aufnahme älterer, bisher selbständig bzw. mit häuslicher Unterstützung lebender Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen. Letzteres erklärt auch die Zunahme von Menschen mit geistigen Behinderungen im Bestande der EGH.

Personen mit dauernden Leistungen zur EGH außerhalb von Einrichtungen nach Stichtagen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 bis 2016

| Jahr | März | Juni | September | Dezember |
|------|------|------|-----------|----------|
| 2013 | 714 | 850 | 778 | 817 |
| 2014 | 875 | 844 | 805 | 886 |
| 2015 | 941 | 988 | 904 | 810 |
| 2016 | 1009 | 1088 | 988 | 973 |

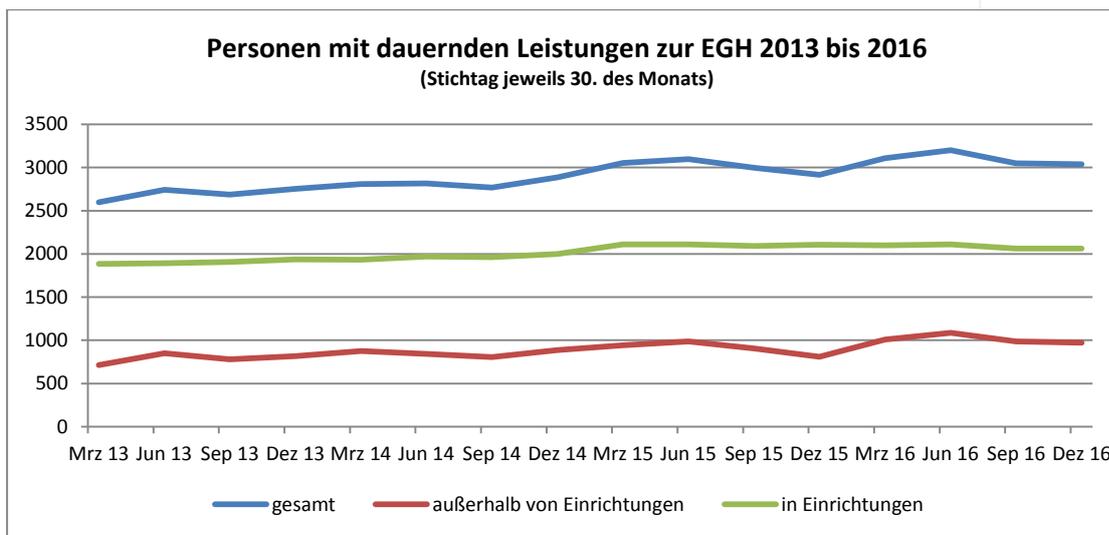
Personen mit dauernden Leistungen zur EGH in Einrichtungen nach Stichtagen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 bis 2016

| Jahr | März | Juni | September | Dezember |
|------|------|------|-----------|----------|
| 2013 | 1884 | 1892 | 1908 | 1936 |
| 2014 | 1934 | 1971 | 1964 | 2000 |
| 2015 | 2110 | 2109 | 2092 | 2105 |
| 2016 | 2100 | 2112 | 2062 | 2064 |

Personen mit dauernden Leistungen zur EGH gesamt nach Stichtagen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 bis 2016

| Jahr | März | Juni | September | Dezember |
|------|------|------|-----------|----------|
| 2013 | 2598 | 2742 | 2686 | 2753 |
| 2014 | 2809 | 2815 | 2769 | 2886 |
| 2015 | 3051 | 3097 | 2996 | 2915 |
| 2016 | 3109 | 3200 | 3050 | 3037 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017



Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017

Empfänger laufender Leistungen zur EGH nach Alter (Stichtag jeweils 30. des Monats)

| | außerhalb v. Einrichtungen | | in Einrichtungen | | gesamt | |
|-----------------|----------------------------|------------|------------------|-------------|-------------|-------------|
| | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 |
| 0 bis unter 3 | 32 | 42 | * | 3 | 34 | 45 |
| 3 bis unter 7 | 246 | 388 | 191 | 184 | 437 | 572 |
| 7 bis unter 15 | 27 | 83 | 10 | 22 | 37 | 105 |
| 15 bis unter 27 | 74 | 76 | 308 | 216 | 382 | 292 |
| 27 bis unter 50 | 186 | 205 | 916 | 1008 | 1102 | 1213 |
| 50 bis unter 65 | 124 | 144 | 435 | 575 | 559 | 719 |
| 65 bis unter 75 | 19 | 23 | 15 | 36 | 34 | 59 |
| ab 75 | 6 | 12 | 7 | 20 | 13 | 32 |
| Gesamt | 714 | 973 | 1884 | 2064 | 2598 | 3037 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017

Empfänger laufender Leistungen zur EGH nach Art der Behinderung (Stichtag jeweils 30. des Monats)

| | außerhalb v. Einrichtungen | | in Einrichtungen | | gesamt | |
|-------------------------------|----------------------------|------------|------------------|-------------|-------------|-------------|
| | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz13 | Dez 16 | Mrz13 | Dez 16 |
| Blind /sehbehindert | | | 3 | 5 | 3 | 5 |
| Gehörlos / Hörbehindert | * | * | * | * | * | * |
| geistig | 313 | 292 | 1290 | 1377 | 1603 | 1669 |
| körperlich behindert | 22 | 60 | 47 | 60 | 69 | 120 |
| körperlich mehrfach behindert | 6 | 8 | 60 | 74 | 66 | 82 |
| psychisch/seelisch | 225 | 236 | 321 | 309 | 546 | 545 |
| suchtgeschädigt | 20 | 27 | 12 | 14 | 32 | 41 |
| fehlende Angaben | 127 | 349 | 150 | 224 | 277 | 573 |
| Gesamtergebnis | 714 | 973 | 1884 | 2064 | 2598 | 3037 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017



Räumlich betrachtet zeigt sich die Zunahme der EGH-Fälle von 2013 bis 2016 in konzentrierter Form in Greifswald und in Ueckermünde. Ansonsten gibt es leichte Zu-, aber auch Rückgänge.

Empfänger von EGH am 30.3.2013 und am 30.12.2016 nach Regionen

| | außerhalb von Einrichtungen | | in Einrichtungen | | Gesamt | |
|--------------------------------|-----------------------------|--------|------------------|--------|--------|--------|
| | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 |
| Hansestadt Greifswald | 121 | 231 | 424 | 448 | 545 | 679 |
| Amt Jarmen-Tutow | 30 | 39 | 4 | 8 | 34 | 47 |
| Amt Landhagen | 9 | 7 | | | 9 | 7 |
| Amt Peenetal/Loitz | 4 | 27 | 1 | 1 | 5 | 28 |
| Amt Am Peenestrom | 62 | 44 | 47 | 46 | 109 | 90 |
| Amt Lubmin | 11 | 8 | 0 | 3 | 11 | 11 |
| Amt Usedom-Nord | 14 | 12 | | | 14 | 12 |
| Amt Usedom-Süd | 17 | 15 | 105 | 106 | 122 | 121 |
| Gemeinde Ostseebad Heringsdorf | 23 | 24 | 3 | 1 | 26 | 25 |
| Amt Anklam-Land | 33 | 29 | 293 | 293 | 326 | 322 |
| Amt Züssow | 35 | 44 | 157 | 161 | 192 | 205 |
| Hansestadt Anklam | 56 | 55 | 42 | 44 | 98 | 99 |
| Amt Am Stettiner Haff | 32 | 39 | | | 32 | 39 |
| Amt Torgelow-Ferdinandshof | 45 | 49 | 102 | 76 | 147 | 125 |
| Stadt Ueckermünde | 43 | 76 | 147 | 221 | 190 | 297 |
| Amt Löcknitz-Penkun | 12 | 16 | 6 | 49 | 18 | 65 |
| Amt Uecker-Randow-Tal | 34 | 30 | 28 | 24 | 62 | 54 |
| Stadt Pasewalk | 68 | 78 | 247 | 258 | 315 | 336 |
| Stadt Strasburg | 18 | 23 | 0 | 62 | 18 | 85 |
| LK VG | 667 | 846 | 1606 | 1801 | 2273 | 2647 |

Empfänger von EGH am 30.3.2013 und am 30.12.2016 nach Planungsräumen

| | außerhalb von Einrichtungen | | in Einrichtungen | | Gesamt | |
|------------------|-----------------------------|--------|------------------|--------|--------|--------|
| | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 | Mrz 13 | Dez 16 |
| Planungsraum I | 121 | 231 | 424 | 448 | 545 | 679 |
| Planungsraum II | 43 | 73 | 5 | 9 | 48 | 82 |
| Planungsraum III | 127 | 103 | 155 | 156 | 282 | 259 |
| Planungsraum IV | 124 | 128 | 492 | 498 | 616 | 626 |
| Planungsraum V | 120 | 164 | 249 | 297 | 369 | 461 |
| Planungsraum VI | 132 | 147 | 281 | 393 | 413 | 540 |
| LK VG | 667 | 846 | 1606 | 1801 | 2273 | 2647 |
| außerhalb des LK | 10 | 78 | 277 | 262 | 287 | 340 |
| keine Angaben | 37 | 49 | 1 | 1 | 38 | 50 |
| Gesamtergebnis | 714 | 973 | 1884 | 2064 | 2598 | 3037 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017

Von 2013 bis 2016 hat sich die Zahl der unterstützten wohnenden Bezieher von EGH um 220 auf rund 1900 erhöht. Das sind 70 bis 80 Zugänge pro Jahr. 1100 weitere EGH-Empfänger leben in eigener Häuslichkeit, d.h. selbständig, bei den Eltern oder anderen Bezugspersonen. Etwa ab dem 50. Lebensjahr steigt der Unterstützungsbedarf dieser Personen. Für 2017 zeichnet sich ein ähnliches Anwachsen des Bedarfs nach ambulantem oder stationärem Wohnen ab, wie in den Jahren zuvor. In den nächsten Jahren könnte sich dieser Trend auf Grund der Zunahme der älteren Jahrgänge verstärken. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass Menschen mit Behinderungen, die bisher außerhalb des Systems der Eingliederungshilfe waren, altersbedingt und auf Grund ihrer sozialen Situation in dieses kommen. Das bereits erkennbare Potenzial umfasst etwa 2000 Personen. Wie viele davon tatsächlich Leistungen beantragen werden, hängt von zahlreichen Faktoren ab und ist daher schwer einzuschätzen.

Weitere tabellarische Übersichten

Menschen mit Schwerbehinderungen nach Ämtern, Städten, amtsfreien Gemeinden und Alter

| | u 6 | 6-15 | 15-18 | 18-25 | 25-35 | 35-45 | 45-55 | 55-60 | 60-62 | 62-65 | 65 ü | Gesamt | in Prozent |
|----------------------------|-----|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|------------|
| Hansestadt Greifswald | 22 | 77 | 30 | 93 | 323 | 320 | 630 | 576 | 274 | 471 | 3053 | 5869 | 20,2% |
| Amt Jarmen-Tutow | . | 6 | 4 | 9 | 23 | 33 | 148 | 134 | 49 | 103 | 510 | 1038 | 3,6% |
| Amt Landhagen | . | 5 | . | 6 | 20 | 30 | 132 | 104 | 46 | 98 | 376 | 849 | 2,9% |
| Amt Peenetal/Loitz | . | 8 | 5 | 11 | 23 | 38 | 109 | 87 | 59 | 76 | 372 | 791 | 2,7% |
| Amt Am Peenestrom | 3 | 19 | . | 14 | 79 | 88 | 246 | 212 | 98 | 182 | 950 | 1917 | 6,6% |
| Amt Lubmin | 3 | 11 | 4 | 9 | 19 | 39 | 152 | 114 | 65 | 113 | 524 | 1077 | 3,7% |
| Amt Usedom-Nord | . | 10 | . | 5 | 26 | 44 | 93 | 101 | 63 | 96 | 595 | 1046 | 3,6% |
| Amt Usedom-Süd | 3 | 6 | . | 4 | 37 | 68 | 165 | 165 | 53 | 131 | 638 | 1302 | 4,5% |
| Gem. Ostseebad Heringsdorf | . | 6 | . | 7 | 23 | 33 | 112 | 107 | 64 | 106 | 625 | 1087 | 3,7% |
| Amt Anklam-Land | 4 | 17 | 12 | 34 | 52 | 66 | 235 | 163 | 54 | 120 | 498 | 1283 | 4,4% |
| Amt Züssow | . | 13 | 8 | 39 | 77 | 67 | 183 | 180 | 59 | 122 | 632 | 1423 | 4,9% |
| Hansestadt Anklam | . | 15 | . | 17 | 90 | 71 | 140 | 181 | 88 | 132 | 807 | 1550 | 5,3% |
| Amt Am Stettiner Haff | . | 8 | . | 22 | 48 | 50 | 166 | 201 | 108 | 155 | 643 | 1435 | 4,9% |
| Amt Torgelow-Ferdinandshof | . | 26 | . | 25 | 82 | 102 | 271 | 244 | 138 | 190 | 990 | 2081 | 7,2% |
| Stadt Ueckermünde | . | 11 | . | 21 | 73 | 81 | 214 | 205 | 93 | 145 | 590 | 1439 | 4,9% |
| Amt Löcknitz-Penkun | . | 10 | 5 | 13 | 33 | 53 | 172 | 175 | 87 | 151 | 630 | 1369 | 4,7% |
| Amt Uecker-Randow-Tal | . | 9 | 5 | 9 | 26 | 37 | 142 | 152 | 80 | 115 | 396 | 997 | 3,4% |
| Stadt Pasewalk | - | 14 | 9 | 21 | 67 | 74 | 220 | 210 | 111 | 175 | 767 | 1668 | 5,7% |
| Stadt Strasburg | . | . | . | 16 | 42 | 47 | 121 | 101 | 43 | 79 | 414 | 870 | 3,0% |
| LK VG addiert | 52 | 272 | 97 | 375 | 1163 | 1341 | 3651 | 3412 | 1632 | 2760 | 14010 | 29091 | |
| LK VG offiziell | 58 | 315 | 127 | 408 | 1234 | 1388 | 3680 | 3422 | 1676 | 2773 | 14010 | 29091 | 100% |

Menschen mit Schwerbehinderungen nach Planungsräumen und Alter

| | u 6 | 6-15 | 15-18 | 18-25 | 25-35 | 35-45 | 45-55 | 55-60 | 60-62 | 62-65 | 65 ü | Gesamt | in Prozent |
|------------------|-----|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|------------|
| Planungsraum I | 22 | 77 | 30 | 93 | 323 | 320 | 630 | 576 | 274 | 471 | 3053 | 5869 | 20,2% |
| Planungsraum II | 5 | 19 | 11 | 26 | 66 | 101 | 389 | 325 | 154 | 277 | 1258 | 2678 | 9,2% |
| Planungsraum III | 11 | 52 | 11 | 39 | 184 | 272 | 768 | 699 | 343 | 628 | 3332 | 6429 | 22,1% |
| Planungsraum IV | 7 | 45 | 21 | 90 | 219 | 204 | 558 | 524 | 201 | 374 | 1937 | 4256 | 14,6% |
| Planungsraum V | 3 | 45 | 4 | 68 | 203 | 233 | 651 | 650 | 339 | 490 | 2223 | 4955 | 17,0% |
| Planungsraum VI | 4 | 34 | 20 | 59 | 168 | 211 | 655 | 638 | 321 | 520 | 2207 | 4904 | 16,9% |
| LK VG addiert | 52 | 272 | 97 | 375 | 1163 | 1341 | 3651 | 3412 | 1632 | 2760 | 14010 | 28765 | |
| LK VG offiziell | 58 | 315 | 127 | 408 | 1234 | 1388 | 3680 | 3422 | 1676 | 2773 | 14010 | 29091 | 100% |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017, eigene Berechnungen

Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2015 nach Art der schwersten Behinderung (Oberkategorien) und nach Ämtern, Städten und amtsfreien Gemeinden

| | Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen | Funktions-einschränkung | | Blindheit und Sehbehinderung | Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörung | Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a. | Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organ-systemen | Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten | sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen | Gesamt* |
|----------------------------|---|-------------------------|--|------------------------------|--|---|---|---|---|---------|
| | | von Gliedmaßen | d. Wirbelsäule u. d. Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes | | | | | | | |
| Hansestadt Greifswald | 30 | 1056 | 608 | 312 | 205 | 158 | 1385 | 1379 | 736 | 5869 |
| Amt Jarmen-Tutow | 9 | 175 | 123 | 47 | 29 | 10 | 236 | 297 | 96 | 1038 |
| Amt Landhagen | 4 | 140 | 119 | 28 | 15 | 41 | 223 | 161 | 93 | 849 |
| Amt Peenetal/Loitz | 6 | 132 | 72 | 48 | 25 | 13 | 203 | 203 | 84 | 791 |
| Amt Am Peenestrom | 12 | 347 | 183 | 101 | 62 | 40 | 463 | 465 | 228 | 1917 |
| Amt Lubmin | 4 | 211 | 108 | 29 | 22 | 25 | 289 | 229 | 139 | 1077 |
| Amt Usedom-Nord | 3 | 181 | 115 | 42 | 32 | 4 | 268 | 235 | 141 | 1046 |
| Amt Usedom-Süd | 5 | 261 | 109 | 43 | 36 | 33 | 321 | 308 | 151 | 1302 |
| Gem. Ostseebad Heringsdorf | 6 | 208 | 104 | 63 | 36 | 31 | 316 | 202 | 121 | 1087 |
| Amt Anklam-Land | 6 | 219 | 89 | 42 | 35 | 16 | 267 | 426 | 134 | 1283 |
| Amt Züssow | 5 | 260 | 141 | 45 | 42 | 19 | 317 | 398 | 158 | 1423 |
| Hansestadt Anklam | 12 | 282 | 134 | 87 | 56 | 28 | 372 | 404 | 175 | 1550 |
| Amt Am Stettiner Haff | 13 | 197 | 181 | 60 | 56 | 17 | 386 | 301 | 208 | 1435 |
| Amt Torgelow-Ferdinandshof | 11 | 320 | 206 | 112 | 91 | 36 | 535 | 491 | 265 | 2081 |
| Stadt Ueckermünde | 11 | 179 | 164 | 74 | 42 | 16 | 255 | 521 | 177 | 1439 |
| Amt Löcknitz-Penkun | 8 | 223 | 147 | 58 | 43 | 16 | 353 | 311 | 186 | 1369 |
| Amt Uecker-Randow-Tal | 6 | 133 | 121 | 19 | 29 | 9 | 264 | 246 | 124 | 997 |
| Stadt Pasewalk | 13 | 235 | 169 | 76 | 67 | 27 | 401 | 453 | 227 | 1668 |
| Stadt Strasburg | 7 | 104 | 82 | 60 | 38 | 12 | 201 | 253 | 113 | 870 |
| LK VG addiert | 171 | 4863 | 2975 | 1346 | 961 | 551 | 7055 | 7283 | 3556 | 29091 |
| LK VG offiziell | 185 | 4887 | 3007 | 1404 | 1042 | 629 | 7063 | 7286 | 3588 | 29091 |

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern 2015

Schwerbehinderte Menschen am 31.12.2015 nach Art der schwersten Behinderung (Oberkategorien) und nach Ämtern, Städten und amtsfreien Gemeinden

| | Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen | Funktionseinschränkung | | Blindheit und Sehbehinderung | Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörung | Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a. | Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organ-systemen | Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten | sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen | Gesamt* |
|------------------|---|------------------------|--|------------------------------|--|---|---|---|---|---------|
| | | von Gliedmaßen | d. Wirbelsäule u. d. Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes | | | | | | | |
| Planungsraum I | 30 | 1056 | 608 | 312 | 205 | 158 | 1385 | 1379 | 736 | 5869 |
| Planungsraum II | 19 | 447 | 314 | 123 | 69 | 64 | 662 | 661 | 273 | 2678 |
| Planungsraum III | 30 | 1208 | 619 | 278 | 188 | 133 | 1657 | 1439 | 780 | 6429 |
| Planungsraum IV | 23 | 761 | 364 | 174 | 133 | 63 | 956 | 1228 | 467 | 4256 |
| Planungsraum V | 35 | 696 | 551 | 246 | 189 | 69 | 1176 | 1313 | 650 | 4955 |
| Planungsraum VI | 34 | 695 | 519 | 213 | 177 | 64 | 1219 | 1263 | 650 | 4904 |
| LK VG addiert | 171 | 4863 | 2975 | 1346 | 961 | 551 | 7055 | 7283 | 3556 | 29091 |
| LK VG offiziell | 185 | 4887 | 3007 | 1404 | 1042 | 629 | 7063 | 7286 | 3588 | 29091 |
| Planungsraum I | 16,2% | 21,6% | 20,2% | 22,2% | 19,7% | 25,1% | 19,6% | 18,9% | 20,5% | 20,2% |
| Planungsraum II | 10,3% | 9,1% | 10,4% | 8,8% | 6,6% | 10,2% | 9,4% | 9,1% | 7,6% | 9,2% |
| Planungsraum III | 16,2% | 24,7% | 20,6% | 19,8% | 18,0% | 21,1% | 23,5% | 19,8% | 21,7% | 22,1% |
| Planungsraum IV | 12,4% | 15,6% | 12,1% | 12,4% | 12,8% | 10,0% | 13,5% | 16,9% | 13,0% | 14,6% |
| Planungsraum V | 18,9% | 14,2% | 18,3% | 17,5% | 18,1% | 11,0% | 16,7% | 18,0% | 18,1% | 17,0% |
| Planungsraum VI | 18,4% | 14,2% | 17,3% | 15,2% | 17,0% | 10,2% | 17,3% | 17,3% | 18,1% | 16,9% |
| LK VG offiziell | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% | 100,0% |

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern 2015

Empfänger von EGH nach Wohnformen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 2013 und 2016

| | ambulant betreuten Wohnformen | | Heime für geistig Behinderte | | Heime für psychisch Behinderte | | Heime für Suchtkranke | | Summe 2013 | Summe 2016 |
|--------------------------------|-------------------------------|------------|------------------------------|-------------|--------------------------------|------------|-----------------------|-----------|-------------|-------------|
| | Dez 13 | Dez 16 | Dez 13 | Dez 16 | Dez 13 | Dez 16 | Dez 13 | Dez 16 | | |
| Hansestadt Greifswald | 112 | 104 | 72 | 85 | 4 | 2 | 17 | 12 | 205 | 203 |
| Amt Jarmen-Tutow | 8 | 13 | | | | | 15 | 15 | 23 | 28 |
| Amt Landhagen | 2 | 1 | | | | | | | 2 | 1 |
| Amt Peenetal/Loitz | 4 | 5 | | | | | 8 | 5 | 12 | 10 |
| Amt Am Peenestrom | 14 | 21 | | | | | | | 14 | 21 |
| Amt Lubmin | 5 | 1 | | | | | 8 | 10 | 13 | 11 |
| Amt Usedom-Nord | 2 | | | | | | | | 2 | 0 |
| Amt Usedom-Süd | 3 | 5 | 107 | 110 | | | | | 110 | 115 |
| Gemeinde Ostseebad Heringsdorf | 15 | 14 | | | | | | | 15 | 14 |
| Amt Anklam-Land | 8 | 7 | 68 | 76 | 40 | 40 | 14 | 13 | 130 | 136 |
| Amt Züssow | 2 | 10 | 90 | 94 | 3 | 2 | | | 95 | 106 |
| Hansestadt Anklam | 6 | 4 | | | | | | | 6 | 4 |
| Amt Am Stettiner Haff | 21 | 23 | | | | | 14 | 16 | 35 | 39 |
| Amt Torgelow-Ferdinandshof | 27 | 27 | | | 31 | 49 | | | 58 | 76 |
| Stadt Ueckermünde | 27 | 49 | 52 | 101 | | 6 | 8 | 9 | 87 | 165 |
| Amt Löcknitz-Penkun | 4 | 3 | | | | | | | 4 | 3 |
| Amt Uecker-Randow-Tal | 27 | 19 | | | 17 | 10 | | | 44 | 29 |
| Stadt Pasewalk | 48 | 51 | 40 | 40 | | | | | 88 | 91 |
| Stadt Strasburg | 5 | 5 | 429 | 506 | | | | | 434 | 511 |
| LK VG | 340 | 362 | 858 | 1012 | 95 | 109 | 84 | 80 | 1377 | 1563 |
| Planungsraum I | 112 | 104 | 72 | 85 | 4 | 2 | 17 | 12 | 205 | 203 |
| Planungsraum II | 14 | 19 | | | | | 23 | 20 | 37 | 39 |
| Planungsraum III | 39 | 41 | 107 | 110 | | | 8 | 10 | 154 | 161 |
| Planungsraum IV | 16 | 21 | 158 | 170 | 43 | 42 | 14 | 13 | 231 | 246 |
| Planungsraum V | 75 | 99 | 52 | 101 | 31 | 55 | 22 | 25 | 180 | 280 |
| Planungsraum VI | 84 | 78 | 469 | 546 | 17 | 10 | | | 570 | 634 |
| LK VG | 340 | 362 | 858 | 1012 | 95 | 109 | 84 | 80 | 1377 | 1563 |
| außerhalb des LK | 29 | 43 | 193 | 214 | 69 | 68 | 24 | 17 | 315 | 342 |
| keine Angaben | 5 | 12 | | | | | | | 5 | 12 |
| Gesamtergebnis | 374 | 417 | 1051 | 1226 | 164 | 177 | 108 | 97 | 1697 | 1917 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017, eigene Berechnungen

Privat lebende Empfänger von EGH nach Alter und Region (Dez 2016) und vermutete Wechsel von Empfängern von EGH vom privaten ins unterstützte Wohnen im Laufe des Jahres 2017 und bis 2026

| | 20 bis unter 30 | 30 bis unter 40 | 40 bis unter 50 | 50 bis unter 60 | 60 bis unter 70 | 70 und älter | Gesamt | vermutete Übergänge in 2017 | bei jährlich gleichbleibender Zunahme wie in 2017 bis 2026 | Bis 2026 erfolgte Übergänge bei Versetzung der Altersgruppen um 10 Jahre |
|--------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|--------------|--------|-----------------------------|--|--|
| Hansestadt Greifswald | 79 | 101 | 54 | 46 | 5 | 1 | 286 | 14,94 | 149 | 234 |
| Amt Jarmen-Tutow | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Amt Landhagen | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 2 | 0,16 | 2 | 10 |
| Amt Peenetal/Loitz | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Amt Am Peenestrom | 5 | 3 | 8 | 11 | 10 | 1 | 38 | 3,51 | 35 | 112 |
| Amt Lubmin | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Amt Usedom-Nord | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0,02 | 0 | 1 |
| Amt Usedom-Süd | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0,12 | 1 | 2 |
| Gemeinde Ostseebad Heringsdorf | 1 | 2 | 4 | 1 | 5 | 0 | 13 | 0,94 | 9 | 51 |
| Amt Anklam-Land | 50 | 77 | 24 | 12 | 0 | 0 | 163 | 7,22 | 72 | 102 |
| Amt Züssow | 35 | 32 | 11 | 0 | 0 | 0 | 78 | 2,93 | 29 | 46 |
| Hansestadt Anklam | 2 | 4 | 2 | 7 | 6 | 1 | 22 | 2,42 | 24 | 66 |
| Amt Am Stettiner Haff | 6 | 3 | 0 | 0 | 3 | 0 | 12 | 0,55 | 6 | 32 |
| Amt Torgelow-Ferdinandshof | 3 | 15 | 13 | 20 | 0 | 0 | 51 | 3,19 | 32 | 41 |
| Stadt Ueckermünde | 36 | 50 | 25 | 35 | 7 | 0 | 153 | 8,18 | 82 | 166 |
| Amt Löcknitz-Penkun | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 2 | 0,16 | 2 | 10 |
| Amt Uecker-Randow-Tal | 4 | 0 | 0 | 4 | 6 | 3 | 17 | 3,7 | 37 | 60 |
| Stadt Pasewalk | 51 | 64 | 49 | 63 | 18 | 5 | 250 | 18,45 | 185 | 328 |
| Stadt Strasburg | 3 | 3 | 3 | 5 | 2 | 2 | 18 | 2,79 | 28 | 29 |
| LK VG | 276 | 354 | 197 | 204 | 64 | 13 | 1108 | 69,28 | 693 | 1288 |
| Planungsraum I | 79 | 101 | 54 | 46 | 5 | 1 | 286 | 14,94 | 149 | 234 |
| Planungsraum II | 0 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 2 | 0,16 | 2 | 10 |
| Planungsraum III | 7 | 5 | 14 | 12 | 15 | 1 | 54 | 4,59 | 46 | 165 |
| Planungsraum IV | 87 | 113 | 37 | 19 | 6 | 1 | 263 | 12,57 | 126 | 214 |
| Planungsraum V | 45 | 68 | 38 | 55 | 10 | 0 | 216 | 11,92 | 119 | 239 |
| Planungsraum VI | 58 | 67 | 53 | 72 | 27 | 10 | 287 | 25,1 | 251 | 427 |
| LK VG | 276 | 354 | 197 | 204 | 64 | 13 | 1108 | 69,28 | 693 | 1288 |

Quelle: Landkreis Vorpommern-Greifswald, OPENControlling, Februar 2017, eigene Berechnungen

Übersicht der Leistungstypen im Landesrahmenvertrag für Mecklenburg-Vorpommern nach § 79 Abs. SGB XII für stationäre und teilstationäre Einrichtungen

| | |
|---------------|---|
| A.0 | Leistungstypen im Bereich der Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung/Hilfen für sinnes- und körperbehinderte Menschen |
| A.1 | Wohnheim für Erwachsene mit geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen |
| A.2 | Wohnheim für ältere Menschen (Rentner) mit wesentlichen geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen |
| A.3 | Trainingswohngruppe für Menschen mit geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen |
| A.4 | Gruppenegegliedertes Wohnheim, Schwerstpflege- und Förderheim für Kinder und Jugendliche mit geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen |
| A.5 | Gruppenegegliedertes Wohnheim, Schwerstpflege- und Förderheim für Erwachsene mit geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen |
| A.6a und A.6b | Werkstatt für Menschen mit geistigen, psychischen und mehrfachen Behinderungen (WfbM) |
| A.7 | Fördergruppe für erwachsene Menschen mit geistigen, geistigen und mehrfachen Behinderungen an Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) |
| A.8 | Sonderkindergärten und Sondergruppen für sinnesbehinderte, körperbehinderte und mehrfachbehinderte Kinder |
| A.9 | Integrative Kindertagesstätten |
| A.10 | Wohnheime/Wohngruppen für Kinder/Jugendliche und erwachsene Menschen mit Körperbehinderungen, Sehbehinderungen, Hörbehinderungen und geistigen Behinderungen mit starken Verhaltensauffälligkeiten mit interner oder bei externer Tagesstruktur |
| A.11 | Internate an Schulen für Kinder und Jugendliche mit wesentlichen körperlichen und mehrfachen Behinderungen |
| B.0 | Leistungstypen im Bereich der Hilfen für Menschen mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/Behinderungen |
| B.1 | Tagesstätte für Menschen mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/Behinderungen |
| B.2 | Psychosoziales Wohnheim für Erwachsene mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/Behinderungen |
| B.3 | Psychosoziale Wohngruppen für Erwachsene mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/ Behinderungen |
| B.4 | Psychiatrisches Pflegewohnheim für Erwachsene mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/Behinderungen |
| B.5 | Geschlossene Wohngruppe für Erwachsene mit wesentlichen psychischen Erkrankungen/Behinderungen |
| B.6 | Zweigwerkstatt bzw. Außenstelle für Menschen mit psychischer Behinderung |
| C | Leistungstypen im Bereich der Hilfen für Suchtkranke gem. § 53 SGB XII |
| C.1 | Sozialtherapeutische Übergangsheime |
| C.2 | Heime für chronisch mehrfachgeschädigte Alkoholranke |
| C.3 | Heime für nasse Alkoholranke |
| C.4 | Nachsorgeeinrichtung für drogenabhängige Erwachsene |
| C.5 | Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige mit Doppeldiagnosen (Psychose und Sucht) |
| C.6 | Teilstationäre Einrichtungen – Tagesstätten |
| C.7 | Einrichtung für Pflegebedürftige Alkoholranke |
| D | Leistungstypen im Bereich der Hilfen nach § 61 SGB XII |
| D.1 | Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen (Pflegestufe „0“) |
| E | Leistungstypen im Bereich der Hilfen nach § 67 SGB XII |
| E.0 | Allgemeine Ziele der Hilfen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (§ 67 SGB XII) |
| E.1 | Stationäre Betreuung in Übergangswohnheimen |
| E.2 | Trainingswohngruppen in Übergangswohnheimen |
| E.3 | Außenwohngruppen |
| E.4 | Tagesstätten |